



LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
169 · Ausgabe TG · April 2017



Thurgauerinnen und Thurgauer protestieren in Bern gegen den Serviceabbau

32 000 Unterschriften gegen die geplante Schliessung der SBB-Drittverkaufsstellen wurden Ende März an einer Aktion des Verkehrs-Clubs der Schweiz VCS an die SBB übergeben. Rund 15 000 davon stammen aus der stark betroffenen Region Ostschweiz, wo durch die Sparmassnahme die Hälfte aller Billett-Verkaufsstellen wegfallen sollen. Die Isliker Stationshalterin Vreni Züger sowie SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher, SP-Kantonalpräsidentin Nina Schläfli und Sekretär Julian Fitze schlossen sich der Petitionsübergabe des VCS in Bern an und forderten die SBB auf, den Entscheid zu revidieren. Schweizweit wären 52 Verkaufsstellen betroffen, im Thurgau deren 12. Dies, obwohl das «Agentur-Modell» effizient und kostengünstig funktioniert und dadurch den wichtigen Service der persönlichen Beratung



Julian Fitze,
politischer Sekretär

auch in kleineren Ortschaften ermöglicht. Die SBB gehen davon aus, dass nach der Schliessung dieser bedienten Verkaufsstellen sämtliche Tickets am Automaten, online oder per Handy gekauft würden und sie somit fünf Millionen Franken an Provisionen einsparen könnten. Allerdings ist zu befürchten, dass so viele betroffene Kundinnen und Kunden aufs Auto ausweichen oder ganz auf die Reise verzichten. Wer ein Bahnbillett braucht, muss es einfach und kundenfreundlich kaufen können. Edith Graf-Litscher betonte in ihrer kurzen Ansprache, dass auch in Zeiten der Digitalisierung ein persönlicher Kontakt mit dem Service-public-Unternehmen SBB unerlässlich ist.

Mit dem riesigen Engagement aus dem Thurgau, von den Kundinnen und Kunden der betroffenen Ver-

kaufsstellen bis zum Regierungsrat, sowie der kurz vor der Kundgebung überwiesenen Motion aus der Verkehrskommission des Nationalrates, darf weiterhin auf den Erhalt der Verkaufsstellen und Arbeitsplätze gehofft werden.

Auch in Zeiten der Digitalisierung ist ein persönlicher Kontakt mit dem Service-public-Unternehmen SBB unerlässlich.

Ein niederschwelliges Ausbildung

AM 1. MÄRZ 2017 HAT DER GROSSE RAT DEFINITIV DIE ANPASSUNGEN IM GESETZ ÜBER DIE BERUFSBILDUNG UND DIE MITTELSCHULEN (GBM) MIT 118 JA ZU NULL NEINSTIMMEN ANGENOMMEN. DAMIT ERMÖGLICHT ER EIN NIEDERSCHWELIGES AUSBILDUNGSANGEBOT IM ERSTEN ARBEITSMARKT.

Vorgeschichte

Am 26. Februar 2014 stimmte dieser Rat unserer Motion vom 17. April 2013 zu, wonach eine gesetzliche Grundlage für ein niederschwelliges Berufsbildungsangebot geschaffen werden soll. Motionäre waren Roland A. Huber (BDP), Margrit Aerne (SVP), Cäcilia Bosshard (CVP), Kristiane Vietze (FDP) und der Schreibende (SP, ist ja logisch ;-)). Seither ist ziemlich viel Wasser die Thur hinabgeflossen und auch der Pegelstand des Bodensees ist einige Male rauf und runter gegangen.

Ein ähnliches Rauf und Runter erlebten wir bei der Umsetzung dieser Motion. Der Regierungsrat schlug zuerst einen neuen § 16a «Kantonales Ausbildungsattest» vor, welcher dann in der ersten Lesung mit dem knappstmöglichen Resultat, per Stichtscheid des Ratspräsidenten, aus dem Gesetz gekippt wurde. Und dann wurde sehr viel diskutiert und es entstand eine Solidaritätswelle zu Gunsten einer echten Lösung, die mich überraschte und gleichzeitig sehr, sehr gefreut hat. Dementsprechend konnten wir erreichen, dass das Geschäft in der zweiten Lesung an den Regierungsrat zurückgewiesen wurde.

Worum geht es

Wir Befürworter wollen ein neues kantonales Ausbildungsangebot, damit schulschwache Schulabgänger eine Berufsausbildung machen können, auch wenn sie zu schwach sind für eine eidgenössische Lehre. Von der Gegnerschaft hörte ich unter anderem, dass man keine neue Ausbildungskategorie schaffen wolle, wenn es keine Anschlusslösungen gebe. Die aktuelle Situation sieht aber wie folgt aus, ich zitiere jetzt Aussagen von Ausbildnern:

■ Bei uns gibt es junge Menschen, die aus verschiedensten Gründen das schulische Leistungsniveau einer EBA, also einer Eidg. Berufs-Attestausbildung, nicht erreichen können. Für Menschen, welche handwerklich durchaus begabt sind und schulisch grosse Defizite mitbringen, ist es zentral, dass sie trotzdem einen Berufsabschluss machen können. Eine solche Anlehrszeit unterstützt den Einstieg ins Erwerbsleben dieser Menschen enorm und hebt das so wichtige Selbstwertgefühl.

■ Bei uns arbeiten immer wieder motivierte Jugendliche, die praktisch begabt, aber schulisch nicht leistungsfähig sind. Für sie ist deshalb auch die zweijährige Basisausbil-

dung (EBA) schulisch nicht machbar. Umso wichtiger ist es, diesen motivierten Menschen eine praktische berufliche Grundbildung zu ermöglichen. Bei einer fehlenden beruflichen Grundbildung ist das Risiko für eine Abhängigkeit von der Sozialhilfe ungemäss grösser.

■ Wir haben kein Gefäss für lernschwache Schulabgänger, die nur im Ansatz eine Ausbildung auf EBA-Niveau absolvieren können.

■ Ich habe EBA-Schüler, für die der Schulstoff viel zu schwierig ist. Einige können kaum ihren Namen schreiben, würden aber genötigt, sogenannte selbständige Vertiefungsarbeiten zu schreiben.

Nach der Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat tat sich einiges; der Regierungsrat setzte sich nochmals intensiv mit der kantonalen und gesamtschweizerischen Situation auseinander und unterbreitete mit der Botschaft vom 16. August 2016 dem Grossen Rat einen Vorschlag, der nun für fast alle akzeptabel war.

An dieser Stelle darf ich erwähnen, dass Regierungsrätin Monika Knill und der Chef des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung, Marcel Volkart, sich sehr für die Jugendlichen, denen der Berufseinstieg nicht leicht fällt, eingesetzt haben. Auch an dieser Stelle sei ihnen dies bestens verdankt.

THURGAUER TRANSPARENZWOCHEN

Zwischen dem 22. April 2017 und dem 3. Mai 2017 veranstaltet die SP die Thurgauer Transparenzwochen.

Sammeltag

Am kantonalen Sammeltag vom Samstag, 22. April 2017, sind wir in mindestens fünf Thurgauer Ortschaften auf der Strasse und sammeln für die nationale Transparenzinitiative. Diese wurde von SP, BDP, Grünen und EVP vor einem Jahr lanciert und verlangt, dass alle Partei- oder Kampagnenspenden auf Bundesebene über 10 000 Franken offengelegt werden müssen.

Gesicherte Sammelaktionen:

■ Frauenfeld ■ Kreuzlingen ■ Sirnach ■ Weinfelden

Anmelden kann man sich unter diesem Link:
www.tinyurl.com/sammeltag

Transparenz-Hotline

Während der Transparenzwochen schalten wir unter www.sp-tg.ch/transparenz eine Telefonnummer und Mailadresse auf, unter welcher Bürgerinnen und Bürger intransparente Missstände in ihren Gemein-

den oder beim Kanton melden können. Daraus möchten wir in Zusammenarbeit mit den Sektionen und Expert/innen vor Ort politische Vorstösse entwickeln. Selbstverständlich sind auch alle Mitglieder und Sympathisant/innen der SP Thurgau eingeladen, ihre Beobachtungen zu melden.

Referat Open Government Data

Den Schlusspunkt der Transparenzwochen bildet der Vortrag von André Golliez über das Konzept von «Open Government Data» am Mittwoch, 3. Mai 2017 in Frauenfeld. Die Bildungsveranstaltung ist öffentlich, anschliessend offeriert die SP Thurgau einen Apéro, um das Gehörte zu diskutieren und ebenfalls Lösungsansätze über den politischen Weg zu beraten. Wir freuen uns auf euer Erscheinen.

→ Öffentlicher Vortrag «Open Government Data» von André Golliez am 3.5.2017 um 19.15 Uhr im Bildungszentrum für Technik Frauenfeld, Kerzenerchingerstr. 8, 8500 Frauenfeld

sangebot

Neuer Gesetzesartikel

Im § 3 des GBM «Personen mit besonderen Bedürfnissen» wurde der neue Abs. 2 eingefügt, der da heisst: «Für leistungsschwache Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Thurgau kann der Kanton ein niederschwelliges Ausbildungsangebot im ersten Arbeitsmarkt vorsehen. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.»

Dank dem Grosseinsatz aller Befürworter ist dieser Paragraph ins Gesetz aufgenommen worden und wir können nun im Kanton ein Angebot schaffen, welches schulschwachen Jugendlichen eine echte Chance gibt. Dies funktioniert natürlich nur, wenn es entsprechende Lehrstellen bzw. Arbeitgeber, gibt und jetzt haben wir nicht nur viele Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitgebervertreter mit im Boot.

Etwas weiteres Gutes hat diese Zusatzrunde auch noch gebracht, nämlich dass nun auch dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI klar ist, dass in der schweizerischen Bildungsstrategie eine Lücke klafft – jenes Loch, das wir jetzt im Thurgau flicken.

Turi Schallenberg, Kantonsrat, Bürglen

ORDENTLICHER PARTEITAG VOM 30. MÄRZ 2017

Geschäftsleitung bestätigt, Sonja Wiesmann neu gewählt, Energiestrategie befürwortet

Am ordentlichen Parteitag im Gasthaus Trauben in Weinfeldern bestätigten die Mitglieder der SP Thurgau Präsidentin Nina Schläfli und die bisherigen Geschäftsleitungsmitglieder mit grossem Applaus. Wieder dem Gremium angehören wird Fraktionspräsidentin Sonja Wiesmann. Wiesmann ist auch Präsidentin der SP Frauen Thurgau und wird in der Geschäftsleitung die Grossratsfraktion vertreten. Gewählt wurden auch die Rechnungsrevisoren: Franco Bucca aus Bottighofen ersetzt Stefan Bünler, neuer Delegierter für Versammlungen der SP Schweiz ist Silvano Castioni aus Salenstein – er ersetzt Nina Schläfli, die von Amtes wegen bereits Stimmrecht bei Versammlungen der SP Schweiz besitzt.

Nach einem Referat von Nationalrätin und Vizepräsidentin Edith Graf-Litscher fasste der Parteitag einstimmig die JA-Parole zur Energiestrategie 2050, über welche am 21. Mai abgestimmt wird.

Dank einem erfreulich hohen Spendenaufkommen im Wahljahr 2016 konnte die Jahresrechnung mit fast ausgeglichenem

Abschluss verabschiedet werden. Kassierin Susanne Frischknecht aus Halden stellte sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Im Anschluss an den Parteitag hielt der Ermatinger Kantonsrat Peter Dransfeld mit seinem Gesangsquartett ein Überraschungsständchen für die Genossinnen und Genossen bereit.



Wieder in der Geschäftsleitung:
Sonja Wiesmann

GROSSRATSGEFLÜSTER VOM 29. MÄRZ 2017

Folklore und Emotionen für Milchviehstall, Gewässer und andere Gesetze

Wann muss wer was für wen mähen und wer bezahlt? Bei der zweiten Lesung zum «Gesetz über den Wasserbau und den Schutz vor gravitativen Naturgefahren» wurde der Antrag von J. Gemperle, dass das Mähen von Uferböschungen und der Dämme bei revitalisierten Bächen die Gemeinden übernehmen müssen, angenommen. Somit wurde ein Kompromiss gefunden zwischen der Version des Regierungsrates, der für alle Uferböschungen die Grundeigentümer oder Anstösser in die Pflicht nehmen wollte, und der vorberatenden Kommission, die den Auftrag den Gemeinden übertragen möchte.

Die Motion über den «Verzicht auf Rückzonen bei der Teilrevision des kantonalen Richtplans» wurde von den Motionären zurückgezogen.

Dafür blieb nun mehr Zeit, um über die Interpellation von Moritz Tanner «Wie weiter mit dem Milchviehstall Arenenberg» zu diskutieren. Und diese Zeit wurde genutzt! Und wie! Eigentlich war es unbestritten, dass ein Stall gebaut werden muss. Trotz-

dem wurden einige kritische Fragen und Anmerkungen geäussert. Zum Beispiel: Wäre eine Zusammenarbeit mit der Forschungsanstalt Tänikon nicht sinnvoll? Die Lernenden seien zu wenig im Stall, er sei zu modern, nur ein Teil der Bauern betrieben Milchwirtschaft. Oder: die Praxis könne doch in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben erlernt werden.

Emotionen und Folklore im Grossen Rat

Einige Kantonsräte und auch -rätinnen erzählten von ihren eigenen Erlebnissen und Erfahrungen im Arenenberg, andere vom «Hörensagen». Aber eindrücklich war, dass alle Redner einen Bezug hatten zum Arenenberg (oder das Gefühl hatten, sie hätten...).

Ich muss gestehen, dass ich einige Male nicht mehr konzentriert den sich ereignenden Rednern zugehört habe und meine Gedanken etwas abschweiften. «Welche Kuh gibt mehr Milch, die Braune oder die Gescheckte?» Leider wurde die Frage, die mich aus dem Sinnieren aufschreckte, nicht be-

antwortet. Aber vielleicht wird dies in Tänikon empirisch untersucht ...

Das letzte Tagesgeschäft, die Interpellation «Ausnutzungstransfer von öffentlichen Verkehrsflächen» wurde dafür umso schneller behandelt. Den Antworten des Regierungsrates wurde von allen Parteien, mit einigen kritischen Voten, zugestimmt.

Ich frage mich, ob die Diskussion kurz und sec war, weil die Emotionen fehlten. Oder ist das Thema Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe, IVHB ganz einfach etwas komplizierter? Egal, für die SP-Fraktion waren die Antworten des Regierungsrates gut.

Seit Oktober 2016 berichten die SP-Kantonsrätinnen und -räte im Linksrum jeweils aus der vergangenen Grossratssitzung. Das «neue Linksrum» erscheint alle zwei Wochen jeweils montags auf www.linksrum.ch und als Newsletter per Mail. Abonnieren kannst du das Linksrum hier: www.linksrum.ch/abo.php

Verena Marti, Kantonsrätin, Egnach

SP 60+ KANTON THURGAU

60 Jahre und kein bisschen leise!



Unter diesem Motto hat sich am Samstag, 4. März, eine kleine Gruppe interessierter «Alt 60er» zu einem ersten Gedankenaustausch zwecks Bildung einer Gruppe «SP60+» innerhalb der SP Thurgau getroffen. Ältere Genossinnen und Genossen sind auf Grund ihrer Lebenserfahrungen und Lebenssituationen geradezu prädestiniert, diese innerhalb unserer Partei in Form von politischem Diskurs, zur Vermittlung zwischen den Generationen, zur Stellungnahme in alterspolitischen



Barbara Kern, Kantonrätin Kreuzlingen

Themen und durch die Teilnahme an Vernehmlassungen zu einem breiten Fächer von politischen Themen einzubringen. Als politisches Gremium und zugleich Multiplikator zur Politik der SP Schweiz bei Fragen zur Gesundheitspolitik und gesellschaftlichen Themen oder in aktiver Mitarbeit innerhalb der SP Thurgau kann die SP60+ ihre Meinung kundtun.

Momentan sind aus dem Thurgau bei der SP60+ der SP Schweiz 32 Mitglieder gemeldet. Das sind nicht we-

nige, und daher möchte ich alle SPler und SPlerinnen über 60 Jahre motivieren, sich gemeinsam aktiv für die Anliegen der «60 plus»-Generation auf lokaler, aber auch auf nationaler Ebene zu engagieren.

Ich freue mich auch im Namen der provisorischen Gruppe 60+ auf erste positive Rückmeldungen.

Mit solidarischen Grüßen
Barbara Kern, Kantonrätin

SP MIGRANTINNEN KANTON THURGAU

Mitgestalten – Mitreden – Mitentscheiden

In der SP spielt es keine Rolle, ob du einen Schweizer Pass besitzt oder nicht.

Mit dem Projekt «SP MigrantInnen» unternimmt die SP Schweiz einen weiteren wichtigen Schritt, um die Zusammenarbeit mit MigrantInnen und deren Parteien und Organisationen auszuweiten und ihre Stellung in der SP zu stärken.

Abgezielt wird damit auf die Gleichstellung aller Migrantinnen und Migranten im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich sowie auf die Umsetzung der Menschenrechte und die Verhinderung der Diskriminierung von MigrantInnen.

Die SP Thurgau plant eine kantonale Gruppe der SP MigrantInnen. Dafür möchten wir bald zu einem **ersten Treffen** mit allen Interessentinnen und Interessenten **einladen**. Dabei werden Ziele und Aufgaben der SP MigrantInnen vorgestellt. Gemeinsam werden nächste Schritte diskutiert. Wir freuen uns, wenn



Von Sabine Schifferdecker, administrative Sekretärin SP Thurgau

die Anwesenden sich entschliessen, der SP MigrantInnen beizutreten und die Aufbauarbeit zu unterstützen.

Wer sich angesprochen fühlt, mehr über die Gruppe der SP MigrantInnen im Kanton Thurgau erfahren oder sie gerne mitgestalten möchte, meldet sich bitte mit voll-

ständigem Namen, Adresse und E-Mail möglichst bald bei:

Sabine Schifferdecker, Standstrasse 1, 9320 Arbon, sabine.schifferdecker@sp-tg.ch

Wir werden dann Zeit und Ort für das erste Info-Treffen festlegen und an alle Interessentinnen und Interessenten eine Einladung versenden.

